

Gschwätz



Schwerstarbeit für einen Mann ist, wenn er abnehmen muss. Erschwerend kommt hinzu, dass Politiker wie **Klaus Kirchmayr** (Grüne) bei der Diät nicht gleichzeitig ihr Poltschergewicht verlieren. 30 Kilo hat er abgenommen. «Das war nicht einfach», schrieb er der BaZ. Und das müsste auch mit einem aktuellen Foto belohnt werden (siehe Bild). «Insbesondere die weiblichen Personen in meinem Umfeld schimpfen jeweils, wenn in der Zeitung ein «altes» Foto von mir erscheint», begründete er. wah



Die SP-Nationalratskandidaten sind im Kanton unterwegs und betreiben Wahlkampf wandernde Weise. So richtig begeistern lässt sich dabei niemand. Weder die Wählerinnen und Wähler noch Ständeratskandidat **Claude Janiak**, dem das Wanderprogramm seiner Partei offensichtlich zu wenig Herausforderung bietet. Jedenfalls wurde er kurz nach dem Wander-Wahlkampf-Auftakt der Genossen beim Fitnesscenter Indigo in Basel mit schwarzer Sporttasche gesichtet. wah



Und gleich nochmals zum Wanderwahlkampf der SP im Baselbiet: Der junge Co-Päsidenten **Adil Koller** scheint sich bewusst zu sein, dass dieses verstaubte Genossenwandern zwar Blasen an den Füßen, aber kaum Wählerstimmen bringen wird. Auf Twitter schlägt er deshalb für die nächste Wahlkampagne Paintball-Spielen vor. Das ist sicherlich moderner und belegt die Vermutung: Um sich als Politiker gegenseitig abzuschüssen, greifen selbst Genossen vergnügt zur Waffe. jho

Nachrichten

Fussgängerin wird bei Sturmwind verletzt

**Pratteln.** Am Donnerstagabend wurde in Pratteln eine Fussgängerin von einer Kunststoffplatte verletzt, die sich durch die starken Winde von einer Bauabschrankung gelöst hatte. Ferner wurde ein in der Nähe parkiertes Auto durch die Abschrankung beschädigt. Die 55-jährige Frau wurde von der Sanität ins Spital gebracht.

Betrüger luchschen alter Frau 100 000 Franken ab

**Muttenz.** Um sage und schreibe 100 000 Franken ist eine 81-jährige Frau aus Muttenz von Enkeltrick-Betrüger erleichtert worden. Wie die Polizei mitteilt, sei die Dame von einem angeblichen Advokaten angerufen worden. Dieser habe erzählt, ihre Nichte sei bei ihm; sie wolle eine Wohnung kaufen und benötige 50 000 Franken. Die Frau holte auf der Bank das Geld und übergab es einer Unbekannten, die sich als Sekretärin des Advokaten ausgab. Der Vorgang wiederholte sich am Tag darauf. Bei einer dritten Aufforderung, verlangt wurden nun 84 000 Franken, zahlte die Rentnerin nicht mehr und verständigte die Polizei. In den vergangenen Wochen registrierte die Baselbieter Polizei weitere Enkeltrick-Betrugsversuche. Die überwiegende Mehrheit sei aus Sicht der Täter erfolglos verlaufen.

Glückwunsch

90. Geburtstag

**Liestal.** Gerne möchten wir **Fritz Epple-Brunner** zu seinem 90. Geburtstag gratulieren und ihm alles Gute für die Zukunft wünschen. gratulationen@baz.ch

# Es braucht mehr Ausbildungsplätze

Spitalverbandspräsident Hans-Peter Ulmann zu Personalsorgen, Tarifen und Kosten

Von Thomas Dähler

**BaZ:** Sie haben, Herr Ulmann, als Direktor der Psychiatrie Baselland das Präsidium der Vereinigung Nordwestschweizerischer Spitäler (VNS) übernommen, eines Verbands, der staatliche und private Spitäler der Nordwestschweiz vertritt. Weshalb?

**Hans-Peter Ulmann:** Ich habe diese Aufgabe nicht gesucht. Die Anfrage kam für mich überraschend nach dem Abgang von Vorgänger Guido Specht, sie hat mich aber sehr gefreut. Der Verband hat eine wichtige Funktion, denn er vertritt die gemeinsamen Interessen aller Spitäler unserer Region gegen aussen.

**Ihre Mitglieder reichen vom kleinen Privatspital bis zum Universitätsspital Basel. Sind da die Interessen überhaupt unter einen Hut zu bringen?**

In der Tat besteht unter den Spitalern Wettbewerb. Wir finden das auch richtig. Trotzdem vertreten wir als Arbeitgeber-Verband gemeinsame Interessen, etwa in Ausbildungsfragen, zur Spitalpolitik oder zur hochspezialisierten Medizin. Deshalb ist es wichtig, dass es diesen Verband in der Nordwestschweiz gibt, der die Interessen der Spitäler vom Kanton Jura bis in den Aargau vertritt. Mein Ziel ist es, die VNS in diesen Fragen weiterzubringen. Der Verband ist ein Forum, um sich gegenseitig auszutauschen und gegenseitig zu stärken.

**Arbeiten Sie vor allem gegen innen? Müssen Sie auch bei Konflikten unter Ihren Mitgliedern aktiv werden?**

Als Schlichter zwischen einzelnen Spitalern musste ich noch nie auftreten. Die VNS schlichtet jedoch zwischen Spitalern und Patienten und unterhält dazu eine eigene Ombudsstelle.

**Welches sind die grössten Sorgen Ihres Verbands?**

Es sind zwei: Es fehlt die Sicherheit bei den Preisen, weil viele Tarifscheide nach wie vor offen sind. Zum anderen gibt es Rekrutierungsprobleme beim Personal. Die Gesundheitsberufe sind bei den Jugendlichen angesehen. Wir sollten dieses Potenzial ausschöpfen und die Spitäler dafür gewinnen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Allerdings sind dazu Ressourcen nötig. Alle Spitäler stehen unter einem Kostendruck, sodass auch diesem Engagement Grenzen gesetzt sind. Wir versuchen aber, im nicht akademischen Bereich Einfluss auf die Zahl der Ausbildungsplätze zu nehmen.

«Wir müssen möglichst viele Ärzte an unseren Universitäten selber ausbilden.»

**Was unternehmen Sie im akademischen Bereich?**

Bei den akademischen Berufen suchen wir das Gespräch mit den Universitätskantonen. Es braucht dringend mehr Ärzte.

**Dazu müsste der Numerus clausus an den medizinischen Fakultäten gelockert werden.**

Die VNS hat da eine klare Haltung. Wir müssen möglichst viele Ärzte an



**Beliebte Gesundheitsberufe.** Hans-Peter Ulmann kämpft für mehr Ausbildungsplätze für die interessierten Jugendlichen. Foto Florian Bärtschiger

unseren Universitäten selber ausbilden, und zwar mehr als bisher.

**Werden Sie auch politisch aktiv? Die Masseneinwanderungs-Initiative erschwert die Rekrutierung von Personal im Ausland.**

Bei der sogenannten Masseneinwanderungs-Initiative hängt alles davon ab, wie diese umgesetzt wird. In erster Linie ist die Vereinigung Nordwestschweizer Spitäler um die eigene Ausbildung besorgt. Wir möchten die Ausbildungsmöglichkeiten markant erhöhen. Es sind dazu mehrere Projekte lanciert worden. Trotzdem werden wir auf die Migration angewiesen bleiben. Wichtig ist vor allem auch, dass wir weiterhin genügend Grenzgänger rekrutieren können. Wäre dies nicht mehr möglich, hätte dies sehr gravierende Auswirkungen. Es braucht deshalb in dieser Frage unbedingt eine vernünftige Lösung.

**Die Gesundheitspolitik steht wegen den steigenden Kosten unter Druck. Die Nordwestschweiz ist die teuerste Versorgungsregion der Schweiz. Was unternimmt Ihr Verband?**

Dazu gibt es zwei Aspekte. Wenn man die Versicherungsleistungen pro Kopf anschaut, sind die Kosten in Basel-Stadt am höchsten, in Baselland am dritthöchsten nach dem Tessin. Wenn man aber die Fallpreise anschaut, liegen wir im Benchmark nicht sehr hoch. Wir haben in der Nordwestschweiz ein starkes Bevölkerungswachstum und dazu einen hohen Anteil der älteren Bevölkerungsgruppen, die auf mehr medizinische Leistungen angewiesen sind. Unsere qualitativ hochstehende, aber eben auch teure Medizin in der Region und die vielen Spezialisten ermöglichen eine sehr gute Versorgung. Die Bevölkerung verlangt, dass diese in hoher Qualität erbracht wird.

**Die beiden Basel haben erklärt, sie wollen diese Mengenausweitung stoppen. Nimmt die VNS darauf Einfluss?**

Wir haben dies im Vorstand nicht besprochen. Wir werden aber deswegen nicht aktiv werden. Die Kantone Basel-Stadt und Baselland müssen für ihre Spitäler Lösungen finden, die tragbar sind. Ich bin überzeugt, dass

die beiden Kantone die hohe Qualität der heutigen Leistungen halten wollen.

**Wie wichtig ist es, dass die Region ein eigenes Universitätsspital hat?**

Sehr wichtig. Das gilt auch für die Universität. Wenn sich das Kantonsspital Baselland und das Unispital Basel ein gemeinsames Dach geben, stärkt dies das Universitätsspital.

**Hat das Universitätsspital für die ganze Region vom Jura bis in den Aargau eine wichtige Funktion?**

Ja, schon. Unsere Mitglieder sind aber frei, mit wem sie Kooperationen eingehen. Dies ist nicht auf die Region beschränkt. Generell bieten Kooperationen in der Medizin gute Chancen.

**Sie leiten mit der Psychiatrie Baselland ein staatliches Spital. Gibt es im Verband Konflikte zwischen den staatlichen Spitalern und den Privatspitalern?**

Nein, es gibt keine Konflikte. Wir vertreten lediglich die Interessen der privaten und öffentlich-rechtlichen Spitäler und akzeptieren, dass es einen Wettbewerb unter ihnen gibt. Dies stärkt und fördert die einzelnen Spitäler und hat positive Auswirkungen auf das Angebot und die Kosten.

«Schon wenn es gelingt, das Kostenwachstum zu verlangsamen, wäre dies ein Erfolg.»

**Die Abrechnungen über Fallpauschalen, die DRG, wurden vor drei Jahren eingeführt. Lässt sich unterdessen eine erste Bilanz ziehen?**

Insgesamt, denke ich, hat sich die Einführung von Fallpreispauschalen bewährt. Wenn man aber gehofft hat, dass mit den DRG die Kosten sinken, hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Dies dürfte aber nicht auf die DRG, sondern auf die Gesamtentwicklung des Gesundheitswesens zurückzuführen sein. Fallpreispauschalen sind aber nicht überall sinnvoll. In der Psychiatrie gibt es sie nicht, sie wären hier sehr problematisch. Psychische Erkrankungen verlaufen zu unterschiedlich.

**Welches sind die Auswirkungen basierend auf der Tatsache, dass viele Tariffragen ungeklärt sind?**

Bei den Spitalern mit ungeklärten Tariffragen spüren wir eine gewisse Blockade. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung gebremst. Wenn es keine finanzielle Sicherheit gibt, sind die Spitäler gezwungen, vorsichtig zu sein.

**Prognostizieren Sie, dass sich das Wachstum des Gesundheitswesens weiter im heutigen Ausmass fortsetzt?**

Ja, die Bevölkerungszahl wächst und die Leute werden älter. Es gibt medizinische Fortschritte, die wir begrüssen. Die Kosten werden deshalb weiter steigen. Die Bevölkerung kritisiert zwar die hohen Versicherungsprämien, was nachvollziehbar ist. Wer aber Leistungen beansprucht, schätzt es, dass er auf diesem hohen Qualitätsniveau versorgt wird. Wir müssen als Spitäler zwar die Kosten in den Griff bekommen. Aber schon wenn es uns gelingt, das Kostenwachstum zu verlangsamen, wäre dies ein Erfolg.

# SVP stärkt der Regierung den Rücken

Die Parteileitung unterstützt die Finanzstrategie 2016–2019 und lehnt Steuererhöhungen ab

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Jetzt ist auch bekannt, wie sich die SVP zu der vom Regierungsrat am 7. Juli vorgestellten Finanzstrategie 2016–2019 stellt: Sie unterstützt die Strategie und ist überzeugt, dass die kommunizierte Stossrichtung stimmt.

Die Parteileitung hat sich am Donnerstag mit den Eckpunkten und Grundzügen der Strategie befasst. «Die finanziell besorgniserregende Situation des Kantons kann nur mit einer klaren und konsequenten Finanzstrategie verbessert werden», heisst es in der Medienmitteilung von gestern. Die Partei und ihre Exponenten würden «mit

weiteren Konkretisierungen die Regierung in ihrer Zielsetzung» unterstützen.

Ziel sei es, den Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, und dies ohne Steuererhöhungen. «Steuererhöhungen sind in einem an sich schon steuerunfreundlichen Kanton kein erfolgversprechender Weg», schreibt die Parteileitung. Sie hat beschlossen, dass die Haltung in finanzpolitischen Fragen innerhalb der Partei höchste Priorität erhält. Ein einheitliches und geschlossenes Auftreten sei dazu erforderlich.

«Wir sind überzeugt, dass sich der Finanzhaushalt mit einer Veränderung der Ausgabenpolitik sanieren lässt»,

sagte Parteipräsident Oskar Kämpfer gestern der BaZ. Auf die Frage, ob die SVP allenfalls auch ein Defizit im Budget des nächsten Jahres in Kauf nehme, meinte Kämpfer, dazu liege erst ein Entwurf vor. Der Voranschlag dürfe dann negativ sein, wenn die Marschrichtung so beschlossen werde, dass dies in Zukunft nicht mehr der Fall sei.

Zu den einzelnen Massnahmen, welche die Finanzstrategie der Regierung enthalte, nehme die SVP bewusst nicht Stellung, erklärte Kämpfer, auch wenn sich darunter solche befänden, die nicht im Sinne der SVP seien. Entscheidend sei, dass die Stossrichtung der Finanzstrategie stimme. Für die ver-

schiedenen Dossiers würden die einzelnen Regierungsmitglieder die Verantwortung tragen. «Wichtig ist, dass die Gesamtheit der Massnahmen zu den angestrebten strategischen Zielen führt», sagte Kämpfer. Die SVP werde zudem zur Revision des Finanzhaushaltsgesetzes, die sich in der Vernehmlassung befindet, noch ergänzende Anträge stellen. Das Volk habe sich für den selbstständigen Kanton Baselland entschieden und der bürgerlichen Allianz die Regierungsverantwortung übergeben. «Die finanziellen Massnahmen werden allen wehtun.» Dessen seien sich die Parteileitung und die Sektionspräsidenten der SVP bewusst.